



Wir haben eine ungarische Unternehmung, die in Deutschland untergebracht werden soll. Die Kollegen sind aber nicht für alle damit einverstanden. Es wird immer gesagt, die Kollegen bestimmen das. Das ist aber nicht der Fall. Die Kollegen sind nur zu beratender Funktion zu ernennen, das heißt, sie sollen nur die Meinung äußern, aber nicht die Entscheidung treffen. Die Entscheidung liegt bei den Kollegen. Ich bin überzeugt, daß die Kollegen sich durchzusetzen können, die nur den Mut nicht aufbringen, an die Öffentlichkeit zu treten. Wir brauchen ja keine großen Brandreden zu schwärmen, wie es so viele unserer Kollegen tun, aber in kurzen Worten unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen und von unserer Brandrede zu verlangen, daß sie sich mehr für uns ins Zeug setzen und den Internationern entschieden klar macht, daß es bei der Entscheidung keine Einseitigkeit geben darf, das können wir letzten Endes doch noch. Ich wünsche, daß alle Kollegen meine Worte beherzigen und sich mehr als bisher um unsere Sache kümmern, dann wird auch der Erfolg auf unserer Seite sein.

### Rampf gegen die Reaktion.

**Arbeiter, Angestellte und Beamte!**  
Obwohl durch den Generalstreik unter dem einmütigen Schutz der gesamten republikanischen Bevölkerung die drohende Diktatur abgewendet ist, rückt die Reaktion zu neuem Schlug.  
Die untergeordneten Organisationen sind fast ausschließlich die Wiederherstellung des alten monarchistischen Regimes zu verhindern. Es haben zu diesem Zweck bereits Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden, in denen die Eingriffe von Arbeitern, Angestellten und Beamten in die Schiedsgerichtsbarkeit, sowie in die neu auszuführenden Ortsgerichte, vornehmlich der Vereinbarung technischer Einzelheiten, zugeteilt wurde.  
Wir fordern nunmehr die Ortsausschüsse beim Rat der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, des Verbandes der deutschen Gewerksvereine (Hilfs-Duender), der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes auf, Eingangsbedingungen für den Eintritt in die Schiedsgerichtsbarkeit zu geben, in die Ortsgerichte aufzunehmen und alles weitere Erforderliche für den bewaffneten Schutz der Republik unerschrocken in die Hand zu nehmen. Die aufzustellenden Listen müssen Angaben über die persönlichen und Wirtschaftsverhältnisse der Bewerber enthalten.

- Berlin, den 13. April 1920.
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, 93 C. Legen.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, 93 Hugo Ditt.
- Verband der deutschen Gewerksvereine (Hilfs-Duender), 93 Leonor Wein.
- Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, 93 H. Brandt.
- Deutscher Beamtenbund, 93 R. Lange.
- Berliner Gewerkschaftsorganisationen, 93 Volkmarsbaum.

### Sum Kapitel „Neutralität“.

Wir sind ganz der Meinung unseres geschätzten Kollegen Gehr, daß die Diskussion nur rein sachlich geführt wird. Wie wenig richtig es ist, die politische Lebensfrage des Proletariats den rein politischen Parteien zur Entscheidung zu übertragen, die Gewerkschaften aber mit ihrer großen Macht hinter der Forderung der Neutralität zu halten, beweist wohl am besten die Tätigkeit der Teilnahme der Gewerkschaften, Angestellten und Beamtenorganisationen beim Konrad-Preis am 13. März. Darüber äußert sich das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 12/13, 30. Jahrgang, 27. März 1920, in dem es heißt:  
Für die Gewerkschaften bedeutet dieser Generalstreik die erste Probe einer groß angelegten politischen Aktion und zugleich einen glänzenden Sieg. ... Durch die entschlossene Aufstellung eines Aktionsprogramms haben sie die Gewähr geschaffen, für eine Neupolierung der Regierung und für eine durchgreifende Neuordnung der militärischen und verwaltungsrechtlichen Verhältnisse, die eine Wiederkehr solcher reaktionären Putsch für die Zukunft unmöglich macht. Sie haben endlich die Bahn frei gemacht für eine Bekämpfung der Sozialfremdung und für eine die Arbeitsnehmerschaft wirtschaftlich befriedigende Sozialgesetzgebung. Sie konnten diese Forderungen nicht durchsetzen, ohne ernstlich an das parlamentarische Gerüde unserer Nation und Staatspolitik zu rühren. Sie mußten sich als einen neuen Faktor im politischen Leben etablieren, mit der Regierung und Parlament sich vor allen entscheidenden Schritten zu verständigen haben. Es mag demokratische Defizite geben, die eine solche Regelung als unannehmbar mit den verfassungsmäßigen Rechten der Volkvertreter empfinden. Ihnen können wir nur das eine sagen. Ein Parlamentarismus, der in äußeren Formen existiert, ohne sich um die lebendig wirkenden Kräfte des Volkes zu kümmern, ist eine Gefahr für das Gesamtwohl. Der monarchistische Putsch hat gezeigt, wie leicht demokratische Re-

gerungen unterjocht werden können. Was aber nicht verjagt, abgedrückt oder aufgeschoben werden kann, das einzig Wahre, das die Diktatur aller Klassenverhältnisse, die das weltweite Volk, dessen Wirtschaftswesen den Kampf gegen die politisch-militärischen Hochverrat unerschrocken aufgenommen und ihn gewonnen haben. Sie sind es doch, die dem Reiche seine legale Regierung und seine Volksvertretung wiedergeben. Aber das arbeitende Volk ist nicht blind für die Schäden und hat gehalten der demokratischen Regierung, die ein großes Maß von Unzufriedenheit in allen Schichten gehäuft und in reif den Unzufriedenheiten monarchistischer Verschwörer vorgearbeitet haben. Es kann auch nicht länger ruhig zusehen, daß vorgelegt ein wesentlicher Teil der Arbeiter durch den einseitigen Kampf gegen links aufgereizt und der gemeinsamen Verteidigung der Republik entfremdet wird, weil dadurch die Kraft der Arbeiter als Klasse geschwächt und die Reaktion gestärkt wird.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind aus diesem Kampf um die Erhaltung der Republik hervorgegangen als die Beauftragten der arbeitenden Bevölkerung, die mit den verfassungsmäßigen Gewaltenteilung eine der Wünsche des Volkes entsprechende und für eine geordnete Zukunft Gewähr leistende Neuordnung der Verhältnisse zusammenzusetzen. Die Gewerkschaften haben sich zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe ehrenhaft bewährt, wie zur Organisation des politischen Generalstreiks. Die Geschichte, die stärker war als die Regierung und die Volkvertretung, hat sie an diesen Platz gesetzt und ihnen diese Aufgaben übertragen. Die Volksgenossen, die ihrer Leistung folgten, haben auf sie das Vertrauen gesetzt, daß sie auch die Vereinbarungen durchführen, unter denen der Generalstreik beendet werden soll.

Dieses Vertrauen darf nicht getrübt werden. Die Folgen eines solchen Vertrauensbruchs würden unübersehbar sein für die Organisationen, für die Regierungen, am meisten aber für unser unglückliches Vaterland. Das mögen alle die Beteiligten erwägen und stets bedenken, daß die an der Wiederherstellung geordneter Staats- und Wirtschaftsverhältnisse mitzumachen haben.

Also die dringende Notwendigkeit hat dazu geführt, die Gewerkschaften als einen neuen Faktor im politischen Leben einzuschalten. Und haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht ein ernstes Interesse an der Handels-, Zoll-, Steuer-, Agrar-, Schulpolitik? Von den Entscheidungen dieser politischen Materien hängt oft weit mehr das Wohl und Wehe der Arbeiter ab, als von einer kleinen Lohn- oder Gehalts- und Pensionserhöhung.

Die Arbeiter müssen eben politisch und gewerkschaftlich organisiert und auf beiden Gebieten tätig sein. Wenn Regierung und Parlament die Hauptaufgabe auf die Arbeiter wälzen, aber eine unglückliche Handelspolitik treiben, trifft das nicht die Arbeiter am härtesten? Bewußt sind die Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit, aber sie dürfen nicht einseitig gehandelt werden. Allerdings dürfen die Gewerkschaften nicht in den Strudel der Parteipolitik hineingezogen werden, um ihre Macht zu erhalten, aber so sollten sie es auch nicht aus, am wenigsten bei uns Schutzherrn. Wir werden uns bei aller Gegenüberlichkeit der Meinungen kollegial vertragen.

### Sum kommenden Verbandstag.

Unter dieser Ueberschrift erachtet der Kollege Bode bei dem kommenden Verbandstag am 14/15 des Monats April. Dabei kommt er zu dem schließlichen Schluß, daß unter Verbandstag eine Unternehmungsvereinbarung sei. Nun, der verehrte Kollege ist vielleicht so gütig und leiste seine Rede auch mal in die Abrechnung vom dritten Quartal 1919 hinein, besetzt sich aber auch die Zahlen. So kann er dabei finden, daß bei einem Mitgliederstand von 93 507 und einer Gesamtausgabe von 22 095,75 M. für Unternehmungen noch keine Mark pro Quartal und Mitglied entfällt. Ziehen die Kollegen die Summe der Unternehmungen davon ab, die nach Mittelschlag-Rampfschlag haben, so verbleiben 63 419,75 M., aber eine Ausgabe von nicht ganz 68 M. pro Quartal und Mitglied. Denken wir uns nun, wie bei einem Wochenbeitrag von 10 M. eine Reiseunternehmung von 2 M. pro Kilometer bezahlt wurde, verheiratete Kollegen waren davon meistens ausgeschlossen, so gewonnen die Verhältnisse, auch für die am Ort bleibenden die Arbeitslosenunternehmung zuzuführen. Wie es aber um den Rampfschlag des Verbandes oftmals bestellt war, ein Beispiel: Die Kollegen getrauen sich in den Fabriken kein Mitglied zu verteidigen; kaum, wenn sich ein paar Schöharbeiter an den Fabrikausgängen zur Flugblattverteilung anstellen, daß sie es wagen, ein solches anzunehmen. Vorstände und Vertrauensleute wurden des Äußersten geschmeißelt. Heute will es bald jeder am besten machen können. Was es und für sich nur zu betrachten ist. Aber in Zeiten stürmischen Ringens um die lokalen Frauentische soziale Empfinden nicht zu vergessen. Die Forderung, daß die kapitalistische Gesellschaft die Opfer ihrer Produktionsweise, die Arbeiterlosen und Kranken, auch selbst erhalte, ist nur zu berechtigt. Aber leider nicht erfüllt bis heute. Wenn Anstöße vorhanden sind, wie Schwarzarbeiterunternehmung, selbst Fortsetzung eines gewissen Lohnes bei Krankheit, kann man von einer Erfüllung dieser Forderung nicht sprechen. Auch können nur kapitalistische Unternehmer solche Veranlassung nicht vermeiden. Für die Gewerkschaften wird es in nächster Zukunft kaum solche Aufgaben zu erörtern möglich sein. Es ist eine Pflicht der sozialen Gewerkschaft und des Auswärtigen, daß die Arbeiterlosen und Kranken-Unternehmung nicht nur nicht abgebaut, sondern breiter ausgebaut wird. Unter den heutigen Verhältnissen

stehen nicht niemand mit den gewählten Unternehmungen von Staat und Gemeinde auskommen. Obendrein wehren sich die Kollegen wiederum gegen Anwesenheiten, der Staat natürlich stellt sich dann mit Kräften und Wäldchen. So sind heute die Verhältnisse. Wenn ein Kollege aber selbst solcher Bergleistungen teilhaftig ist und will anderen ihre paar Markchen Zulage abgeben, so finde ich wenig kollegiales Gefühl noch kollegiales Empfinden und der Hinweis auf den Kampfschlag der Unternehmungen ist nichts weiter als demagogischer Kniff. Wenn aber die Wege ein Leuchtfeuer werden, nämlich die des um seine Verteilung kämpfenden deutschen Proletariats, soll und muß noch dieses himmelgeräumt werden: nämlich der Bahn von der Diktatur des Proletariats. Nur möchte ich nicht wünschen, daß der Verbandstag ein gar zu groteskes Spiegelbild der Wirklichkeit werde. Ich denke an die Kamp und Tätigkeit, auch an Höhe, an die verbrocheneren Einsätze von rechts und links auf die deutsche Republik, die das Elend Deutschlands und vornehmlich seiner Arbeiterklasse nur vergrößern. Ferner, wie der furchtbare leidenschaftliche Kampf innerhalb der Arbeiterklasse diese selbst nur schwächt gegenüber der Kapitalistenklasse. Es ist ein Treiben der Politik; von Parteihörern zerstreut und sich erfüllt gegen ihre Ziele. — Müge aus diesem Dunkel der Verbotszeit sich hinausleuchten, um der fröhlichen Zukunft hell und freundlich ein Ziel zu weisen. Die Stuttgarter Kollegen waren ja etwas verwundert darüber, daß sich Kollege Ph. Wittlich bei Übernahme eines Sekretariats der U. S. P. nicht einer Neuwahl auszusagen sich erwehrt. Zu Recht wurden helfen Klasse dann Sei noch ein Bild hingeworfen.

Georg Hiller.

### Verderbliche Methoden.

Unter dieser Ueberschrift antwortet Kollege Bode in Nr. 16 des „Schwäbischer-Buchblatt“ auf meinen Artikel „Der Wahlsitz die Ehre“ in gleicher Nummer in gleichem Heft. Die Ausführungen gegen mich als von dem „zweifelhaft“ selbsterklärten Verfasser der erwähnten Artikel in Bamberg, „Freistaat“. Er befindet sich jedoch in einem gewaltigen Irrtum; denn ich habe weder den ersten noch den zweiten „Freistaat“-Artikel geschrieben. Seine Offizierität können mich also in keiner Weise aus der Ruhe bringen oder beunruhigen. Der Umstand, daß beide Artikel im „Freistaat“ unter der Rubrik „Burgundstadt“ erschienen, ist doch noch keinesfalls ein „zweifelhaft“ Beweis für die Behauptungen des Kollegen Bode. Unnötig, nachdem er ja selbst den rassistischen Unterschied der erwähnten Artikel feststellen mußte. Aber auch aus dem stilistischen und inhaltlichen Unterschied und noch mehr aus dem zweiten Satz meines Artikels hätte er Zweifel schöpfen müssen, wenn ihm nicht der politische Fanatismus (?) gegen alles, was mehrheitspolitisch nicht, vollends blind gemacht hätte. Er befindet sich im Irrtum, wenn er in mir jemand vermutet, der sich „literarische Sporen“ verdienen will und dabei auf der hinteren Seite anfangen muß; seine „freundlichen“ Befürwortungen um die Zerstörung meiner „vermutlichen Zukunftsträume“ durch die Märzregierung kann er also beruhigt aufgeben. Aber es ist doch schließlich das gute Recht jedes Kollegen, einer anderen Meinung zu sein als Kollege Bode. Die verschiedenen Richtungen in der U. S. P. zeigen ja, daß auch seine intimen Freunde nicht einer Meinung sind. Und schließlich ist es auch das gute Recht des „Freistaat“, eine dem Buchblatt entgegengelegte Meinung zu vertreten, genau so, wie ich auch das „Buchblatt“ das Recht herauszuheben, das Gegenteil von dem zu behaupten, was die „Vorderbeziehung“ und „Anschluß“ der „Freistaat“ geschrieben hatten. Für mich und meine gleichgesinnten Kollegen drehte es sich weniger um die fachliche Kritik des Betriebsratsgesetzes, als um die gegenwärtigen Behauptungen in Bezug auf die „Tätigkeit“ der U. S. P. in der Kommission und im Parlament. Bode konnte die dienstlichen Behauptungen des „Freistaat“ in keiner Weise bestreiten; die Art und Weise, wie er die Haltung der U. S. P. verteidigte, ist und bleibt demagogisch (?) im wohlsten Sinne des Wortes. Er ist der Letzte, der anderen den Vorwurf der Demagogie machen könnte. Ist es denn eine ganz neue Entdeckung im Parlamentarismus, daß die politischen Fraktionen sich außerhalb der Parlamentssitzungen einzeln oder gemeinsam beraten? Hat sich denn die U. S. P. noch niemals an solchen selbst beteiligt? Warum das denn die U. S. P. nicht offiziell abgelehnt, überhaupt Vertreter in die Kommission zu bestimmen, wenn sie für diese Angelegenheit beschließen mußten? Warum nicht die ganze Haltung der U. S. P. beim Zustandekommen des Betriebsratsgesetzes den Einbruch machen, daß es den Radikalen gar nicht darum zu tun war, durch praktische Mitarbeit das Gesetz verbessern zu helfen, weil ihnen sonst die Gelegenheit zum Schimpfen (?) auf die U. S. P. bekommen wäre? Darüber bedarf kein Zweifel, daß das Betriebsratsgesetz nicht in allen Teilen die Zurückhaltung der Arbeiterklasse einschließlich der mehrheitspolitischen, gefunden hat und begründbarerweise auch nicht jedes „Kompromiß“ nicht finden konnte. Diese teilweise Unzufriedenheit ist doch aber kein so zwingender Grund, auch die übrigen Fortschritte, die das Gesetz an sich selbst gebracht hat, abzulehnen. Dann müßten wir logischerweise auch den Reichstagsvertrag für die Schindlindustrie ablehnen, denn auch er ist nicht das Werk „proletarischer Diktatur“ und ist weitgehendes Würde der Kollegenarbeit ebenfalls unerlässlich. Lediglich die U. S. P. das Betriebsratsgesetz man gar nicht so leicht zu finden, wie sie es in der Öffentlichkeit hinführen beabsichtigt, denn sie hat sich so sehr „hervergeragt“ für die Betriebsratsüber das Gesetz, unternehmen



und schließlich schon im Juli 1910 genannt werden. Nichts, nichts ist gefordert. Jetzt, nach dem Buch geschickt immer noch nichts! Soll da noch jemand Vertrauen zur Regierung haben? Ist nicht einer, der mit der Faust auf den Tisch schlägt und ruft, nun mal endlich Taten, oder wir spielen die Konsequenzen?

Es ist zum Davontreten, man wartet auf ein befreiendes Wort, auf eine Handlung, die so was wie eine revolutionäre Tat aussieht. Ach du liebe Zeit, da wird man alt. Wo bleiben Maßnahmen, um eine Wiederholung zu verhüten?

Lieber alles andere, wie Sozialisierungsanfänge, Eingliederung der Kronstädter, Zerschlagung der Schüssen- und Geschworenengerichte soll gar nichts geschehen werden. Das nicht die Verwaltung rein gefegt wird, ist daran ja doch nicht zu denken. Aber das sei in aller Deutlichkeit gesagt, denn das ist der Gedanke von Fällionen: wenn nicht bald auch darin etwas geschieht, dann plagt die Geduld. Die Ruhe ist dann aber für lange dahin. Man soll nicht glauben, daß wir uns alles gefallen lassen. Das hat mit "Rechtspolitik" oder mit der U. S. P. gar nichts zu tun, jetzt heißt es: Regierung werde hart oder verschwändel. Solche Politik wie seit dem 18. März ist für die Reg. die nach rechts auf alle geschäftlichen Formalitäten sieht, nach links aber blind draufloskaut. Die Presse der Kommunisten, der U. S. P. hat man sofort verboten, die "Deutsche Tageszeitung" darf Eimer voll Schmutz anschlachten, da ist alles richtig in den Regierungskreisen. Also um die Sache kurz zu machen, wir fordern rund heraus sofortige Absetzung oder Umorganisierung der Reichswehr, Befreiung der Führerstellen mit erprobten Revolutionären, Auflösung der Zeitweiligen, Entziehung der reaktionären Immunitäten wie Göttingen, Marburg usw., Einführung von Einwohnern als republikanische Schutztruppe, Berufung von politischen Vertrauenspersonen in alle oberen Ämterstellen, Überführung der unsicheren Rationisten in den Landratsämtern, dann wird auch die Ernährung besser werden. Überführung aller verächtlichen Generale und sonstigen Offiziere, Aufhebung des Belagerungszustandes und endlich gründliche Nachregeln zur Sicherung der Lebensmittelversorgung und Nachschau für alle Lebensmittelverarbeiter ohne Rücksicht.

Das ist vorläufig das Wichtigste. Wir werden ja leben, wie weit wir damit kommen. Aber gefädelt das nicht, haben wir in sechs, spätestens in zwölf Monaten einen neuen Buch, das ist sicher. Das dann kommt, ist fürchterlich. Wer heute zuseht, ohne dem entgegenzuarbeiten, verdient weggesetzt zu werden.

Regierung, entschafel!

### Mitteilungen.

Brandenburg a. H. Die Kollegen des orthodoxen Betriebs Görden b. Brandenburg a. H. befinden sich in Lohnbewegung.

Forst (Lauff.). Die Schloßschmiedebetriebe befinden sich in einer Lohnbewegung. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Goslar. Wegen Lohnunterschieden ist der Zugang nach hier streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Guhl. Die Zählstelle Guhl befindet sich in Lohnbewegung und ist Zugang fernzuhalten.

Stuttgart. Wir erlauben die Ortsverwaltungen, uns den Aufenthalt des Mitgliedes Karl Stroda, geb. am 14. 11. 85 zu Windisch-Warzwitz, zuerst in Ludenwald, umgehend an J. Hüller, Redaktionsstr. 198, gelangen zu lassen.

### Aus unserem Beruf.

Was der schließliche Schnittpunkt. Infolge der Verletzung der generellen Tarifverordnungen wurde durch die Bezirksleitung des Schuhmacherverbandes in Sachsen eine Lohnverhöhung beantragt. Der Fabrikantenverband für Sachsen hat eine Erhöhung von 25 Prozent bewilligt und diese Erhöhung ist vom 27. März an zu bezahlen. Die Fabrikanten haben weiter beschloffen, für den 15. März (Generalstreik) den Mindestgehältern an alle Beschäftigten zu bezahlen.

Der Höhepunkt ist erreicht? In der letzten Versammlung der Schuhmachervereinigung zu Leipzig teilte der Vorsitzende, Obermeister Dietering, hinsichtlich der Lage des

Schuhmachergewerbes mit, daß die Materialpreise schließlich den Höhepunkt erreicht hätten. Als unbefriedigend wurde die Lage des Arbeitsmarktes bezeichnet. Die Arbeit habe zum großen Teil nachgelassen, denn das Publikum überfolge der hohen Preise Zurückhaltung.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Jahre vom 26. April bis 2. Mai der 18. Wocheneintag fällig ist.

Auf Antrag der Zählstelle Cottbus wurden auf Grund des § 8 Abs. 1 des Statuts nachfolgende Personen aus dem Verbande ausgeschlossen: Wilhelm Schreder, Karl Siegler, Paul Viezel, Richard Kuntze, Walter Lehmann, Eduard Lohs und Albert Marzall, sämtlich im Jahre 1919 und 1920 in Cottbus eingetreten.

Von der Zählstelle Liegnitz wurde wegen des Mitgliedes Rudolf Pohl B. Nr. 25 714, dessen Aufenthalt jetzt unbekannt ist, Antrag auf Ausschluß gestellt. Wir erlauben die Ortsverwaltungen, falls sich der Pöhlge irgendwo anmeldet, sein Mitgliedsbuch einzuziehen und dasselbe unter Angabe seiner Adresse an den Vorstand einzuliefern.

Auf Grund des § 8, Abs. 1 des Statuts wurde nachfolgendes Mitglied die Einführung bezw. Erhöhung von Lohnbeiträgen genehmigt:

Mittenburg vom 1. April ab die Erhöhung des Lohnbeitrages von 10 auf 50 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Zugsburg vom 19. Woche ab die Erhöhung des Lohnbeitrages in der 1. Klasse von 10 auf 20 Pfg. und in der 2. und 3. Klasse von 15 auf 25 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Kirchheim a. N. vom 1. April ab die Einführung eines Lohnbeitrages von 20 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Kiel vom 1. Mai ab die Erhöhung des Lohnbeitrages in der 2. und 3. Klasse von 20 auf 50 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Liegnitz vom 1. April ab die Erhöhung des Lohnbeitrages in der 1. Klasse von 10 auf 20 Pfg. und in der 2. und 3. Klasse von 10 auf 30 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Mügeln vom 1. Mai ab die Einführung eines Lohnbeitrages von 25 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Ober-Ramlsdorf b. Darmstadt vom 1. Mai ab die Einführung eines Lohnbeitrages von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Plauen vom 17. Woche ab die Erhöhung des Lohnbeitrages in der 1. Klasse von 85 auf 1,05 Mk., in der 2. Klasse von 1,20 Mk. auf 1,40 Mk. und in der 3. Klasse von 1,40 auf 1,60 Mk. pro Woche und Mitglied.

Sachsenhausen L. S. vom 1. April ab die Erhöhung des Lohnbeitrages von 5 auf 15 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Schneidemühl vom 1. April ab die Erhöhung des Lohnbeitrages auf 50 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Schweidnitz vom 16. Woche ab die Einführung eines Lohnbeitrages von 20 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Stendal vom 1. Mai ab die Erhöhung des Lohnbeitrages von 10 auf 20 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Torgau vom 1. April ab die Einführung eines Lohnbeitrages von 30 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Die Mitglieder genannter Zählstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbeachtung dieser Ertragssteuer die Folgen des § 9 a. f. nach sich zieht.

Rürnberg, den 24. April 1920. Der Vorstand.

### Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Chemnitz. Karl Meier, Jahrg. 33 III, 1. Bez.; Ernst Schneider, Apollstr. 14, Hm. 11, 2. Bez.; Theodor Thiemler, 3. Bez. — Sämtliche Zutrittskarten sind an den 1. Bevollmächtigten zu richten. — Unterfertigung gabst der 2. Bevollmächtigte in seiner Wohnung nachmittags von 1/2 bis 1/2 Uhr aus. — Vereinslokal: Fungers Restauration, Augustusburgerstr. 9.

Striegen. Aug. Bartsch, Hofenriederstr. Nr. 6, 1. Bez.; Alfred Kurtschke, Ring Nr. 21, 2. Bez.

### Berichtigung.

In dem Artikel vom 18. 4. "Berichtliche Methoden" ist dem Verfasser ein Fehler unterlaufen. Es muß heißen: "Ruf nicht die ganze Haltung der U. S. P. in dem Zustandekommen des Betriebsratsgesetzes den Eindruck machen, daß es den "Kobolten" gar nicht darum zu tun war" usw., statt "rabiaten Raufhunden".

### Versammlungs-Kalender.

Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. (Schuharbeiter). Unsere Mitglieder-Versammlungen finden am Montag, den 2. Mai, abends 7 Uhr in den bekannten Lokalen statt.

Dortmund. Montag, den 2. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Lokal W. Wolf, Binnhauf, Ostwall 17.

Emden. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr im Carrels "Klubhaus" statt.

Eggenfelden. Sonnabend, den 2. Mai, nachmittags 2 Uhr im Gasthaus Roser.

Friedenhausen. Mittwoch, den 2. Mai, abends 7 Uhr im Lokal "Zum Lamm".

Görlitz. Montag, den 2. Mai im Restaurant "Union".

Guben. Montag, den 2. Mai, abends 7 1/2 Uhr in der Reichshalle.

Hannover. Montag, den 2. Mai, abends 7 Uhr im Restaurationslokal des "Gewerkschaftshauses". Eingang durchs Restaurant.

Hartha. Montag, den 3. Mai, abends 8 Uhr im Lokal "Fischerhaus".

Kiel. Montag, den 3. Mai, abends 7 Uhr Versammlung im "Gewerkschaftshaus", Zimmer Nr. 2.

Liegnitz. Montag, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr im "Gewerkschaftshaus", Zimmer 4.

Lugau (Ergeb.). Sonnabend, den 8. Mai 1920, abends 7 Uhr in "Schwabe's Restaurant".

Lübeck. Dienstag, den 4. Mai, abends 8 Uhr im "Gewerkschaftshaus", Sophienstraße 50-52, Zimmer Nr. 4.

Magdeburg. Montag, den 2. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Lokal "Bürgerhaus" Generalversammlung.

Melldorf. Montag, den 3. Mai, abends 8 Uhr im der "Zentral-Herberge", Süderstraße.

Mügeln. Dienstag, den 4. Mai, abends 6 Uhr im Lokal "Schüringer-Hof", Versammlung.

Rienburg a. W. Montag, den 3. Mai, abends 7 Uhr im Lokal Heinz. Hensel, Hintere Straße.

Sobritz. Montag, den 2. Mai, abends 7 Uhr im Restaurant "Zum Schwan".

Remlingen. Freitag, den 2. Mai, sofort nach Geschäftsabschluss im "Japanen" Versammlung der Fabrik- und Schuharbeiter.

Rosswitz. Sonnabend, den 8. Mai, abends punkt 7 Uhr im "Deutschen Haus".

Straubing. Montag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr Schneeverdingen. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat beim Gastwirt Heinrich Loose statt.

Waldbheim (Sachsen). Montag, den 2. Mai, abends 8 Uhr im "Schweizerhof".

Wittenberg. Donnerstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr im Lokal des Herrn Geiß, Eißerstraße.

Zwönitz i. S. Montag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Gasthaus "Zum Roß" am Markt.

### Inhalts-Verzeichnis.

Der 1. Mai. — Zum 1. Mai. — Reichstagsfortschritt für die Schuhindustrie. — Kollegien, macht auf. — Kampf gegen die Reaktion. — Zum Kapitel "Neutralität". — Zum kommenden Verbandstag. — Verberühmte Methoden. — Die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1920. — Auf zum Frauentag! — Wichtig die Regierung was los ist? — Aus unserem Beruf. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Berichtigung. — Literarisches. — Versammlungskalender.

Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Bod u. Co., Gotha. Druck u. Verlag von Wilh. Bod u. Co., Gotha.

Singer perfekter Vorräucher, welcher auch schon zugeschnitten hat.

### sucht Stellung

zwecks weiterer Ausbildung im Zeichnen. Offerten unter L. 100 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Inferem werten Kollegen Florian Herrmann und seiner lieben Frau zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zählstelle Neustadt.

Inferem werten Kollegen Richard Orapentk und seiner lieben Frau zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Zählstelle Strassburg (Hilfermat).

Inferem werten Kollegen Eieschen Schröder und ihrem lieben Bräutigam zu ihrer stattgefundenen grünen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen der Zählstelle Fürstenwalde (Spreew).



### Der Schuhmacherberuf ist der edelste

von allen, hilft er doch jedem Menschen auf die Beine. Wer aber mehr tun und seinen Mitmenschen wirklich passende Fußbekleidung liefern will, der sichere sich ein Abonnement auf die von hervorragenden Fachleuten als vorzüglich anerkannte Fachzeitschrift

### "Die Schuhmacherei"

Abonnementspreis pro Quartal 4 M. Man verlange Probenummern vom Verlag „Die Schuhmacherei“ Gotha



Beruf- und Fachbildung! Erwerben Sie durch Studium n. Fachbücher: Schuhm.-Buch 3.—, Lederfabrikation 8.—, Zwielen- nähte 10.—, Schuh 1.—, Hand Modellwink 8.50 100 Ritzparfarbblätter 15.—, 10 St. 1.50 Maßbänder 40 Pfg. bis 2.50, Gdbb. Schuh u. Lederz. 8.—, Die Form 8.—, 100 Schuhm. Rechn. 4.50 und vieles andere. Voreins. Postfachkonto 4978 Karlstraße an Sa. Hnd. Mägenweller b. Freiburg i. N.

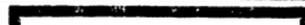


### Nachruf.

Am 27. Febr. 1920 beerdigten wir unsern lieben, in der Universitätsklinik in Bonn a. Rh. verstorbenen

### Matthias Erpa

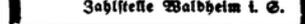
72 Jahre alt. Ein ehrendes Andenken ist ihm gewiß Mehrere seiner Freunde.



Am 23. April verschied nach kurzem schweren Leiden, einer der besten in der Arbeiterbewegung stehendes Mitglied

### Paul Schwente

im 43. Lebensjahre. Sein Andenken wird in Ehren halten. Zählstelle Waldbheim i. S.



### Nachruf.

Am 20. April verschied nach kurzer schwerer Krankheit unser treues Mitglied

### Marie Vielgibt

im 65. Lebensjahre. Ihr Andenken wird in Ehren halten. Zählstelle Goltau (Hannover.)